

Grosse Allianz für die Kleinen

Politiker von links bis rechts fordern bessere Bedingungen für Kinderärzte und -spitäler.

Maja Briner

Der Dreijährige hustet, das Atmen fällt ihm schwer. Ein Asthmaanfall. Der Vater bringt ihn zur Kinderärztin. Mit viel Geduld schafft sie es, ihm die Angst vor dem Inhalieren zu nehmen. Dadurch muss der kleine Patient nicht ins Spital. Ein Erfolg. Nur: Finanziell ist die Bilanz für die Ärztin schlecht. Sie kann nicht ihren ganzen Zeitaufwand verrechnen – das lässt das Tarifsystem nicht zu.

Es sind solche Beispiele, welche Experten der Kinder- und Jugendmedizin nennen, um ihre politischen Forderungen zu untermauern. Nun will eine breite Allianz diesen zum Durchbruch verhelfen: Sieben National- und Ständeräte aus allen Fraktionen haben kürzlich Vorstösse eingereicht, in denen sie eine Stärkung der Kinder- und Jugendmedizin fordern – von Maya Graf (Grüne) über Ruth Humbel (CVP) bis zu Verena Herzog (SVP). «Unser Ziel ist es, überparteilich Druck zu machen», sagt Herzog. Dass Politiker von links bis rechts mitmachen, zeige die Bedeutung des Anliegens.

Leiden könnten die Patienten

Auch die Akteure haben sich zusammengerauft. Im Auftrag der parlamentarischen Gruppe für Kinder- und Jugendmedizin haben Kinderärzte, -chirurgen, -psychiater und -spitäler ihre wichtigsten Forderungen kürzlich in einem Papier aufgelistet. Eine davon: Die Tarife müssten besser berücksichtigen, dass die Behandlung von Kindern mehr Zeit brauche als bei Erwachsenen. Heute sind die Tarife zum



Bei kleinen Patienten ist viel Geduld und Zeit gefragt. Bild: Martin Töngi

Teil die gleichen. Die Folge: Ärzte können nicht all ihren Aufwand verrechnen. Die Kinderspitäler etwa klagen über tiefrote Zahlen im ambulanten Bereich. Gemäss Berechnungen der Allianz Kinderspitäler schrieben die Kinderspitäler Zürich, Basel, St. Gallen, Bern, Lausanne und Genf 2018 ein Defizit von rund 60 Millionen Franken im ambulanten Bereich.

Martin Vollenwyder, Stiftungsratspräsident des Kinderspitäls Zürich und früherer FDP-Stadtrat, warnt vor den Folgen dieser Situation. «Wir schaffen immer schlechtere Voraussetzungen, weil in allen Bereichen Kostensparmassnahmen vorgenommen werden müssen.» Diese könnten unter anderem zu mangelhafter Betreuung der kleinen Patientin-

nen und Patienten führen, mahnt er. Mit anderen Worten: Leiden könnten die kranken Kinder.

Problematisch sind die Limiten bei der Abrechnung auch für Kinder- und Jugendpsychiater, wie Alain di Gallo erklärt. Der Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Basel sagt: «Bei Kindern müssen wir stark mit dem Umfeld arbeiten.» Wenn ein Kind etwa nicht zur Schule gehen wolle, könne dies viele Gründe haben – Mobbing, Depression oder Trennungsangst zum Beispiel. Um die Ursache zu finden, brauche es Gespräche mit Bezugspersonen wie Eltern, Lehrern und Freunden. In vielen Situationen benötige das mehr Zeit, als die Psychiater verrechnen könnten, sagt di Gallo. Manchmal bezahlten die Kantone gewisse Leis-

tungen. «Es geschieht aber relativ häufig, dass wir auf den Kosten sitzen bleiben.» Das führe dazu, dass die Ambulatorien der Kliniken nicht rentierten.

Umstrittener Tarif-Eingriff des Bundesrats

Die parlamentarische Gruppe für Kinder- und Jugendmedizin will das nun ändern. FDP-Ständerat Damian Müller verlangt in einer Motion, dass der grössere Zeitaufwand bei den Tarifen berücksichtigt wird. «Heute werden Kinderärzte – vor allem im ambulanten Bereich – nicht für das entschädigt, was sie tatsächlich leisten», kritisiert er. So komme es zu einer Quersubventionierung, die eigentlich nicht vorgesehen sei.

Auch CVP-Nationalrätin Humbel geht davon aus, dass im ambulanten Bereich gewisse Leistungen ungenügend abgedeckt sind. «Bei Kindern ist sicher wichtig, die Zeit für Behandlungen beim Kinderarzt in der freien Praxis genügend zu entschädigen», erklärt sie. Das stärke die Grundversorgung und dürfte Spitalaufenthalte reduzieren.

Umstritten ist, inwieweit der Bundesrat die Lage verschärft hat. Die Kinderspitäler klagen, mit seinem Eingriff in den Ärzetarif Tarmed habe er die Situation noch verschlechtert. Der Bundesrat weist den Vorwurf zurück. Und das Bundesamt für Gesundheit verspricht: Der Bundesrat werde «auch künftig im Rahmen seiner Kompetenzen auf die Tarifstrukturentwicklung der Kindermedizin ein besonderes Augenmerk legen». Angesichts des politischen Drucks dürfte er dazu gezwungen sein.

Nun weiss man immerhin, wie viel Pirmin Bischof bezahlt hat

Der lange Schatten des Kantonalbank-Debakels holt den Solothurner Ständerat vor edem Wahlgang wieder ein.

Die «alte Geschichte»: Sie holt ihn immer wieder ein. Spätestens alle vier Jahre, wenn wieder eidgenössische Wahlen anstehen. So wie jetzt, wenn CVP-Ständerat Pirmin Bischof, 60, zur Wiederwahl antritt. Diesmal stochert die «Wochezeitung WOZ» in den Wunden. Die «alte Geschichte»: Das ist Bischofs Vergangenheit bei der Solothurner Kantonalbank (SKB). Die Staatsbank geriet nach der Übernahme der maroden Bank in Kriegstetten (BiK) vollends in Schieflage und musste per 1995 privatisiert werden. Wegen der Staatsgarantie verlor der Kanton rund 400 Mio. Franken – mehrere Sparprogramme folgten.

Beim Crash 1994 war der damals 35-jährige Anwalt seit zwei Jahren Vizepräsident des Bankrates und Mitglied der Bankkommission. Im Bemühen um Schadensminimierung, verlangte der Kanton in Vergleichsverhandlungen Schadenersatz. Die Androhung von Klagen wegen «pflichtwidriger Unvorsichtigkeit» hatte Erfolg: Sieben frühere Manager und Mitglieder des Aufsichtsgremiums leisteten 2,5 Mio. Franken. Mit der expliziten Feststellung, dass die Zahlung keineswegs einem Schuldeingeständnis gleichkomme.

Bischof zahlte im Rahmen des Vergleichs 112 500 Franken

Unter den Zahlern: Pirmin Bischof – wie seinerzeitigen Berichten der «Solothurner Zeitung» zu entnehmen ist. In der neusten Ausgabe der «WOZ» wird nun aber kolportiert, Bischof habe «jahrelang behauptet», dass er «keine Vergleichszahlung» habe bezahlen müssen. Aber, so will die «WOZ» erst jetzt herausgefunden haben: «Pirmin Bischof



Pirmin Bischof, CVP. Bild: key

hat gezahlt – und zwar 112 500 Franken.» «Ich habe nie behauptet, dass ich nichts bezahlt habe», reagiert Bischof auf Anfrage dieser Zeitung erstaunt auf die «WOZ»-Darstellung, die das Blatt bereits in einem Artikel von Juni 2010 verbreitet hatte. Warum hat er den Autor der aktuellen Geschichte nicht auf die Fehlannahme aufmerksam gemacht? Bischof: «Ich hatte in dem kurzen Gespräch mit dem Journalisten nicht den Eindruck, dass er an einer objektiven Berichterstattung interessiert gewesen ist.»

Immerhin etwas Neues fand die «WOZ» aber wirklich heraus: Nämlich die Höhe der Summe, die Bischof seinerzeit beige-steuert hat. Die Zahl von 112 500 Franken wird von ihm auf Anfrage «nicht dementiert». Man habe damals eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnet, an diese wolle er sich halten, so Bischof. Und wie erklärt er sich, dass die Kantonalbank-Geschichte erneut hochgekocht wurde? Bischof: «Ganz einfach: Es ist Wahlkampf.»

Und tatsächlich: Die SVP hat den «WOZ»-Steilpass dankbar aufgenommen: Sie macht Bischof mitverantwortlich, dass Solothurn bis heute ein armer Kanton geblieben sei.

Urs Mathys